Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-71893

Visual Library

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mittel eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 38 — Westerstede, Freitag den 14 Februar 1919 — 59. Jahrgang

Reichspräsident Ebert.

Weimar, 11. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Volksbeauftragte Ebert zum Präsidenten der deutschen Volksrepublik mit 277 Stimmen von 379 Anwesenden gewählt. 51 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung, 49 Stimmen fielen auf Graf Posadowsky, 2 Stimmen waren zersplittert. Ebert nahm die Wahl dankend an.

Drei Monate lang hat das Deutsche Reich, nach der erzwungenen Abdankung Wilhelms II. ohne Oberhaupt dagestanden. Wir hatten eine vorläufige Regierung, wir hatten aber keinen vorläufigen Regenten. Jetzt hat das Vertrauen der National-Versammlung Herrn Ebert mit der Präsidentenwürde bekleidet und damit einen einfachen Mann aus dem Volke an die Spitze des Reiches gestellt.

Nicht als Herrn und Gebieter seines Schicksals, weder als absoluten noch auch nur als konstitutionellen — die Zeiten sind vorüber, wie man annehmen darf, endgültig vorüber. Der wahre Souverain des deutschen Volkes ist und bleibt fortan die Nationalversammlung, und die Ausübung der Macht ist in vollem Umfange in die Hände der Reichsregierung gelegt, die der Volksvertretung für ihr Tun und Lassen verantwortlich bleibt. Aber was unter solchen, von Grund aus veränderten Zeitverhältnissen dem Reichsoberhaupt an Bedeutung verbleibt, auch das soll auf einen echten und wahren Volksmann übertragen werden, damit die Einheit des Fühlens und Denkens, die Geschlossenheit des Wollens und Handelns unter allen Umständen gewahrt wird. So ist die erste Wahl eines Präsidenten für den neuen deutschen Volksstaat auf den Führer der Sozialdemokratie gefallen. Ein Mann, dem selbst seine Freunde zwar keine überragenden Eigenschaften zuerkennen, dessen unbedingte Zuverlässigkeit, dessen maßvolles Wesen, dessen selbstlose Uneigennützigkeit aber von allen, die ihn kennen, nach Gebühr geschätzt werden. Kein fürstlicher Glanz, kein höfisches Gepränge wird ihn umgeben, wenn er jetzt vom Platze des Ministerpräsidenten auf den Sessel des Reichspräsidenten hinaufsteigt. Aber nach diesen äußeren Anzeichen von Macht und Ansehen trägt das deutsche Volk auch gar kein Verlangen mehr. Was es will, ist treue, redliche Arbeit zum Wohle des Landes; ein gutes Vorbild für Arm und Reich, für Hoch und Niedrig; eine sichere Bürgschaft für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die wir bis jetzt vielfach nur auf dem Papier, nicht aber in der Wirklichkeit des Lebens besitzen. Präsident Ebert kennt dieses Sehnen des Volkes und er wird gewiß seine ganze Kraft dafür einsetzen, um ihm gerecht zu werden.

Möge sein Wirken gesegnet sein, auf daß es uns endlich den Ausblick eröffnet, in eine neue, in eine bessere Zukunft.

* * *

Scheidemann Ministerpräsident.

Weimar, 11. Febr. Nach seiner Wahl zum Präsidenten der deutschen Volksrepublik ernannte Ebert den bisherigen Volksbeauftragten zum Ministerpräsidenten und beauftragte ihn mit der Bildung eines Kabinetts. Scheidemann ging sofort an die Ausführung des Auftrages, und es wird angenommen, daß spätestens morgen das Reichsministerium gebildet sein wird.

*

Für unsere Kriegsgefangenen.

Weimar, 11. Febr. Der Nationalversammlung ist folgender von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen:

„Die deutsche Nationalversammlung erhebt Einspruch gegen die Zurückhaltung von Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Gefangenen der Alliierten sind ihrer Heimat zurückzugeben. Es ist eine Forderung der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, daß auch die Leidenszeit der deutschen Kriegsgefangenen schleunigst beendet wird. Die Nationalversammlung ruft die Neutralen und das Gewissen der ganzen Welt auf, sich mit ihr zu vereinigen in der Forderung, den Gefangenen die Heimat, den Familien den Gatten und Vater zurückzugeben, die jahrelang von den Angehörigen getrennt, mit Ungeduld die Erlösung aus der Gefangenschaft erwarten.

Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat zu.

Eberts erste Ansprache.

Begeisterte Begrüßung des Reichspräsidenten.

Weimar, 11. Februar.

Nach der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten begrüßte der Präsident der Nationalversammlung Dr. David ihn als das erste selbstgewählte Oberhaupt des deutschen Volkes.

Präsident Ebert antworte in einer längeren, vom ganzen Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede. Er gab darin die Versicherung ab, es werde sein ehrlichstes Bemühen sein, die Verfassung getreulich zu beachten und sein Amt ebenso zu verwalten. Zum Schluß betonte er, daß er seine ganze Kraft zur Herbeiführung des Friedens und der Ordnung im Innern unter Ablehnung jeder Gewaltherrschaft durch eine kleine Minderheit einsetzen werde. Ebert schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Vaterland und Volk.

Die weißen Stimmzettel bei der Präsidentenwahl waren von den Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei abgegeben worden.

Stehen wir vor dem Staatsbankerott?

Dr. Südekum dementiert.

Gegenüber der Zeitungsmeldung, daß der preußische Finanzminister Dr. Südekum in einer Sitzung des Staatenhauses zu Weimar von einem bevorstehenden Staatsbankerott gesprochen habe, erklärt Dr. Südekum durch das halbamtliche Depeschenbureau u. a.:

Im Zusammenhang einer Erörterung über die formale Ausgestaltung der Steuerveranlagung in der Zukunft habe ich den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben Gewissenhaftigkeit wie ein insolvent gewordener Kaufmann — also ein Bankerotteur — den Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund [illegible] einwandfreier Angaben eine möglichst gleichmäßige [illegible]erteilung der Lasten im ganzen Reiche vorgenommen werden könne. Aus dieser [illegible]terung mit anderen Bemerkungen, die sich auf die schwierige Lage der Reichs- und Staatsfinanzen bezogen, ist unabsichtlich oder böswillig gemacht worden, ich hätte den Staats- oder Reichsbankerott angedeutet. Keines von beiden hat in meiner Absicht gelegen, noch hatte ich Anlaß dazu.

Schon früher hat das preußische Finanzministerium die Finanzlage des Landes immer wahrheitsgemäß als sehr gespannt geschildert, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Beunruhigung kein Anlaß vorliege, um so weniger, als wir hoffen dürfen, durch die Verfeinerung der Besteuerungsmethoden und durch die Erschließung neuer Steuerquellen die Ordnung in den Finanzen aufrechtzuerhalten, wenn wir erst einmal wieder zu normalen Preisen des Lebensbedarfs und damit auch zu normalen Lohn- und Gehaltsverhältnissen zurückgekehrt sein werden.

Unsere Gefangenen in Rußland.

Im ganzen 45000 Mann.

Berlin, 11. Februar.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, beträgt die Anzahl der jetzt noch in Rußland befindlichen deutschen Gefangenen 45000. Davon befinden sich 40000 in Sibirien darunter 400 Offiziere und 16000 Mannschaften. Der Rest besteht aus Zivilgefangenen. In die „Rote Garde" sind mehrere tausend Deutsche eingetreten, teils aus Sympathie für die bolschewistischen Bestrebungen, teils aus Not und Hunger oder auch durch die Lockung der hohen Löhnung. In den nichtbolschewistischen Teilen Rußlands werden die deutschen Gefangenen rücksichtsvoll behandelt und für weitgehende Fürsorge wird auch von der Heimat aus Sorge getragen. Das amerikanische Rote Kreuz bemüht sich um die Vermittlung schriftlichen Verkehrs. Über die Entsendung von deutschen Vertretern zu Gefangenenfürsorge schweben Verhandlungen.

Über die Anzahl der nach Japan entsandten deutschen Gefangenen will die Schweiz Ermittlungen anstellen, mit Japan hat sich eine entsprechende Vereinbarung bisher nicht erzielen lassen.

Die Russen dicht bei Memel.

Schandtaten im Baltikum.

Königsberg, 11. Februar.

Die Bolschewisten haben das östlich von Memel gelegene Telcze genommen. Die Stadt wurde von einer 200 Mann starken Abteilung mit Maschinengewehren besetzt. Weitere 4000 sollen anrücken. Die Bolschewisten von Ludnicki und den Dörfern der Umgebung wurden geschlossen zum Einexerzieren nach Schaulen transportiert. Die Bolschewisten erließen Manifeste, die besagen, daß in Litauen der Bolschewismus genau so eingeführt werde wie in Rußland. In Bauske, nordöstlich Mitau, rückte das dritte lettische Bataillon ein. Feindlich gesinnte Personen der Umgegend wurden verhaftet und nach Bauske geschleppt. Die Pfarrer Bielenstein aus Altraden und von Uloth aus Peterhof wurden erschossen. In Eiken wurden 123 wohlhabende deutschsprechende Leute festgenommen. 63 von ihnen sollen am nächsten Tage in Bauske erschossen worden sein. Auch mehrere Leiten, die während der deutschen Besetzung das Amt des Gemeindevorstehers versahen, wurden erschossen. Die Truppen äußerten, sie seien von Lenin geschickt, um sich mit der deutschen Spartakusgruppe zu vereinigen.

Noch keine Lebensmittel.

Die Entente macht neue Schwierigkeiten.

Berlin, 11. Februar.

Die Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spaa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen blieben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor höchst unsicher.

Schwere Gefechte bei Nakel.

Polnische Bestialitäten.

Berlin, 11. Februar.

Den Schutz der Stadt Nakel, die unter schwerem Artilleriefeuer liegt, hat das Freiwilligenkorps Bruessow übernommen, welches am 5. Februar Berlin verlassen hat. Das Korps sichert augenblicklich die Stadt und die umliegenden Ortschaften und steht in engster Fühlung mit dem Feinde, welcher über gut ausgebildete, wohldisziplinierte Infanterietruppen verfügt. Einschläge der polnischen Artillerie erfolgen hauptsächlich am Bahnhof und auf dem Marktplatz, doch erwidert die Artillerie des Freikorps ununterbrochen das Feuer. Augenblicklich muß man mit einem kräftigen Vorstoß der Polen rechnen. Die Ostbahnlinie ist auf das schwerste bedroht, wenn es den Polen gelingt, Nakel einzunehmen.

Das Verhalten der Polen, selbst Verwundeten gegenüber, ist von viehischer Rohheit. In einem Gefecht bei Rosko, das bei dem Korps Bruessom über 100 Mann Verluste forderte, haben die Polen selbst Krankenträger und Verwundete in bestialischer Weise niedergemacht.

Sturm auf Zarne und Zarnowka.

Beim A. O. K. Süd werden von allen Abschnitten Zusammenstöße mit den Polen gemeldet. Bei Rawitsch wurde der beabsichtigte Gegenangriff auf die noch in Feindeshand verbliebenen Dörfer Zarne und Zarnowka mit Erfolg durchgeführt. Beide Dörfer wurden durch das Jägerbataillon Kirchhain und das Pionierbataillon 5 unter Mitwirkung von Begleitbatterien und Behelfs-Panzerzügen genommen. Neudorf, Miroslaw und Hohendor wurden von uns besetzt. Bei Margonim erfolgreiche Patrouillengefechte. Der Netze-Brückenkopf bei Steinburg südlich Nakel wurde von den Polen genommen. Südwestlich Bromberg wurden unsere Truppen hinter den Oder—Netze-Kanal zurückgenommen. Feindliche Versuche, beiderseits der Straße Netzewald—Bromberg den Kanal zu überschreiten, scheiterten.

Deutscher Protest an die Entente.

Das deutsche Auswärtige Amt hat an die Alliierten eine Note gerichtet, in der mit Entschiedenheit gegen das Verhalten der Polen protestiert wird. In der Note heißt es: „Ihrerseits hat die deutsche Regierung nie beabsichtigt, gewaltsam gegen Reichsangehörige polnischen Stammes vorzugehen. Es ist bekannt, daß es die polnischen Bewohner der preußischen Ostprovinzen gewesen sind, die zum Teil unter Bruch ihres Fahneneides die Waffen gegen die Regierung erhoben und Staatsbehörden abgesetzt haben. Gegen solche aufrührerischen Angriffe vorzugehen, muß sich die deutsche Regierung so lange vorbehalten, bis alle bewaffneten polnischen Formationen aus dem jetzigen Reichsgebiet entfernt sind. Bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz lehnt Deutschland eine Weisung seiner Gegner über das Verhalten seiner Behörden in diesen Gebieten ab."

Ein schwieriger Soldatenrat.

Danzig. Hier kam es zu einem heftigen Konflikt zwischen dem Generalkommando und dem Soldatenrat. Dieser verlangte die sofortige Auflösung eines für den Grenzschutz aufgestellten Bataillons. Sonst werde er dieses mit Gewalt entwaffnen.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg. Infolge neuerlicher Unruhen ist über das ganze Hamburger Gebiet der Belagerungszustand verhängt worden.

Bremen. Von Spartakisten ist mehrfach wieder auf die Patrouillen der Regierungstruppen geschossen worden, die die Häuser nach Waffen absuchen. — Die Wahlen zur Bremer Nationalversammlung sind auf Sonntag den 9. März ausgeschrieben worden.

Münster. Das Telephonamt Münster wurde jetzt von Regierungstruppen gesperrt, um einem spartakistischen Putsch zu begegnen.

Bromberg. An allen Teilen unseres Abschnittes herrschte rege Patrouillentätigkeit. Polnische Angriffe auf Josefinen und Elsendorf wurden abgewiesen.

Rekrutierung der Jahrgänge 1899 und 1900.

Berlin. Das Kriegsministerium plant die Auffüllung des Jahrganges 99 durch Rekrutierung. Sollte das Ergebnis nicht genügen, so wird auch der Jahrgang 1900 herangezogen.

Landesbibliothek Oldenburg

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✣ **Verschiebung der Waffenstillstandsverhandlungen.** Die Bemühungen der deutschen Waffenstillstandskommission jetzt schon in die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes einzutreten, sind gescheitert. Von seiten der Entente wurde erklärt, Marschall Foch werde wahrscheinlich am 15. Februar in Trier eintreffen, es sei aber auch noch Zeit genug, am 17. Februar in die Verhandlungen einzutreten.

✣ **Gefährliche Lage in Danzig.** Die politischen Verhältnisse in Danzig und ganz Westpreußen haben sich bedenklich zugespitzt. Die immer ernster werdende Polenfrage, die Kohlennot und die Frage der Neuregelung der Kommandogewalt haben die Spannung der Gemüter aufs äußerste getrieben. Die Arbeiterschaft der Eisenbahnwerkstätten drohen mit Sturm auf den Hagelsberg, wenn die dort gebildete Studentenwehr nicht sofort aufgelöst wird und mit Eisenbahnstreik in ganz Westpreußen. Die Neuregelung der Kommandogewalt lehnen die ASRäte der Provinz ab und bleiben im dauernden Gegensatz zum Generalkommando in Fragen des Grenzschutzes.

✣ **Ein protestierender Soldatenrat.** Der Generalsoldatenrat des 7. A. K. in Münster will die Verfügung der Regierung über die Kommandogewalt nicht anerkennen. Er erklärt, die Kommandogewalt liege in den Händen des Generalsoldatenrates. Einziehungen dürfen nicht mehr erfolgen. Rangabzeichen sind sofort zu entfernen. Vor Ausführung der Verfügungen im Armee-Verordnungsblatt ist jedesmal die Stellungnahme des Korps-Verordnungsblattes abzuwarten. Im Bereich des 7. Armeekorps darf kein Freiwilligenbataillon gebildet werden; jede Werbetätigkeit ist zu unterbinden. Die Abreise von Freiwilligen ist zu verhindern. Der kommandierende General des 7. Korps hat die Reichsregierung um militärischen Schutz gegen die Durchführung der Beschlüsse des Generalsoldatenrats gebeten. Dieser militärische Schutz ist in Münster eingetroffen.

✣ **Die Säuberung Cuxhavens** ist die nächste Aufgab der Division Gerstenberg, da sich dorthin ein großer Teil der aus Bremen geflüchteten Spartakisten zurückgezogen hat. Der Cuxhavener Soldatenrat ist in seiner Gesamtheit bereits zurückgetreten.

✣ **Der Braunschweiger Landtag** ist nun endlich eröffnet worden. Für die provisorische Regierung verlas der Husar Schütz eine Erklärung, die die Unterordnung des Landtages unter die ASRäte fordert, wogegen die Mehrheit des Landtages mit Entschiedenheit protestierte.

✣ **Kein Reichssoldatenrat.** In der Sitzung des Berliner Zentralrats wurde unter anderem ein Schreiben der Delegierten der Korpssoldatenräte beraten, in welchem eine große Anzahl Forderungen formuliert waren, vor allem die Schaffung eines Reichs-Soldatenrats, die der Zentralrat in dieser Form als undurchführbar ablehnen mußte.

✣ **Der preußische Verfassungsentwurf** ist nunmehr fertiggestellt und wird der konstituierenden Landesversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Der Entwurf sieht ein Einkammersystem und einen besonderen Staatspräsidenten vor. Er ist auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut und enthält alle die Bestimmungen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Regierung das ausführende Organ des Willens des Volkes ist.

Polen.

✕ **Die Wahlen zur Konstituante** haben folgendes Ergebnis in Kongreßpolen gehabt: Erklärte Anhänger der Nationaldemokratie 16 — andere nationalistische Vertreter, die mit der Nationaldemokratie zusammengegangen sind, 91 — der nationale Arbeiterbund 8 — die Arbeitergruppe des Geistlichen Blizinski 11 — die volksparteiliche Gruppe Witos 2 — Wilde 8 — die Volksparteiler Thuguits 32 — die P. P. S. 13 — Juden 8 — Deutsche 2.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die in die Presse gelangte Mitteilung von der Vorbereitung eines Alkoholgesetzes beruhte auf einem Mißverständnis.

Weimar. Bei den interfraktionellen Besprechungen hat man sich anscheinend dahin geeinigt, daß Dr. David Staatssekretär ohne Portefeuille und Fehrenbach an seiner Stelle Präsident der Nationalversammlung werden soll.

Weimar, 11. Febr. Die Zivilliste des neuen Präsidenten soll eine Million Mark jährlich betragen. Als Wohnung des Präsidenten wird das Schloß Bellevue in Berlin bezeichnet.

Graudenz. Infolge eines geplanten Angriffs der Elbinger und Danziger Spartakisten auf den Marienburger Bahnhof, wo das Wasserwerk gesprengt werden sollte, traten die Marienburger Bahnbeamten in den Streik.

Erfurt. Bei den Durchsuchungen nach Waffen wurden neben zahlreichen Gewehren und Revolvern nicht weniger als 112 Maschinengewehre gefunden.

Kolberg. Das Große Hauptquartier ist nunmehr nach hierher verlegt worden.

Weimar. Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke des neuen Reichsheeres soll 250 000 Mann betragen.

Riesendefizit im Reichsbudget.

Weimar. Den Fraktionen der rechtsstehenden Parteien wurde bekanntgegeben, daß sich seit dem 9. November im Staatsabschluß des Reiches ein Fehlbetrag von fast 2½ Milliarden ergeben hat.

England reif für den Bolschewismus.

Paris. Ein Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation hat sich dahin geäußert, daß England reifer für den Bolschewismus sei als Deutschland. Auch müsse man energische Maßregeln ergreifen, daß der Bolschewismus nicht nach Amerika übergreife.

Ausweisung des russischen Gesandten in Dänemark.

Kopenhagen. Der Vertreter der Sowjetregierung in Dänemark, Dr. Suritz, hat mit dem gesamten Personal der Vertretung, etwa 20 Personen, auf Ersuchen der dänischen Regierung Dänemark verlassen. Er ist über Stockholm nach Rußland abgereist.

Amerika will kein Frauenwahlrecht.

Washington. Die Bewilligung des Frauenstimmrechts durch Abänderungsantrag zur Bundesverfassung ist vom Senat wieder verworfen worden.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, 13. Februar 1919.

—(d) Wie wir hören, sind beim Wahlkommissar für die Wahlen zur verfassunggebenden oldenburgischen Landesversammlung 6 Wahlvorschläge und zwar je 1 von der deutschen demokratischen, der deutschen nationalen, der sozialdemokratischen Partei und der deutschen Volkspartei und 2 vom Zentrum eingereicht worden. Ueber die Zulassung der Wahlvorschläge entscheidet der Wahlausschuß am 17. Februar. Die Zulassung hat die Bedeutung, daß bei der Wahl nur für eine der zugelassenen Wahlvorschlagslisten gestimmt werden kann. Dabei ist es für das Wahlergebnis völlig einerlei, ob auf dem Stimmzettel die sämtlichen Kandidaten einer zugelassenen Wahlvorschlagsliste aufgeführt sind, oder ob nur ein Name aus einer solchen Liste auf dem Stimmzettel genannt wird. Auch der Stimmzettel, der nur einen Namen aus einer zugelassenen Wahlvorschlagsliste enthält, wird so bewertet, als ob er mit dem Wahlvorschlage völlig übereinstimmt. Es ist deshalb im Interesse der Erleichterung des Wahlgeschäftes zu empfehlen, daß auf den Stimmzetteln, deren Größe in der Provinz Oldenburg stets 12 × 18 Ztm. betragen muß, nur ein einziger Name und zwar Zweckmäßig der erste Name eines genehmigten Wahlvorschlags genannt wird. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Hinzufügung von Namen aus einer anderen zugelassenen Wahlvorschlagsliste den Stimmzettel ungültig macht und daß die Hinzufügung von Namen, die auf keinem der vom Wahlausschuß zugelassenen Wahlvorschläge genannt sind, rechtlich keinerlei Wirkung hat.

*

✣ Hinweis auf die Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins Ammerland am Sonnabend den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in Meyers Hotel zu Zwischenahn.

*

(†) Am 11. ds. Mts. abends fand bei Gastwirt Thien in Halstrup eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Herr Karl referierte über die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Landeswahlen, über die bevorstehenden Gemeindewahlen, Gründung einer Filiale des Konsum-Vereins und über den Beitritt des soz. Wahlvereins zu der Ortsgruppe zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Herr Karl betonte ausdrücklich, daß die Konsum-Genossenschaft keine parteipolitische Einrichtung sei, es könnte jeder Mitbürger Mitglied werden. Die Anwesenden stimmten geschlossen für die Gründung einer Konsum-Filiale Westerstede. Aufnahmelisten sind in Westerstede im Umlauf, während außerhalb Wohnende schriftlich oder mündlich bei dem vorläufigen Schriftführer im „Ammerländ. Hof" ihre Anmeldung anbringen können. — Die Versammlung beschloß einstimmig und in flammender Begeisterung den Beitritt zu der Ortsgruppe des Vereins zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. 40 Mark freiwillige Beiträge und 10 Mk. aus der Wahlvereinskasse werden der Ortsgruppe überwiesen. Möge dieses Scherflein dazu beitragen, unsere deutschen Väter, Söhne und Brüder aus fremder Knechtschaft zu befreien und sie der verabscheuungswürdigen Behandlung durch die Feinde zu entreißen. —

*

⊙ **Der Rindviehbestand der Welt.** Einer Abhandlung über den Viehbestand Brasiliens aus dem Dezember des vorigen Jahres sind die folgenden Schätzungen über den Rinderbestand der wichtigsten Länder mit Viehproduktion zu entnehmen: Vereinigte Staaten 63 600 000 Stück, europäisches Rußland 34 500 000, Argentinien 29 000 000, Brasilien 28 900 000, Deutschland 20 300 000, Oesterreich 17 600 000, Frankreich 12 700 000.

*

—(he) **Bad Zwischenahn.** Der von der landwirtschaftlichen Winterschule hier in dankenswerter Weise eingerichtete unentgeltliche landwirtschaftliche Lehrgang für Kriegsteilnehmer hat rege Beteiligung gefunden. Etwa 40 Personen machen sich nämlich diese günstige Gelegenheit zu ihrer weiteren Fortbildung zu Nutze. Der Lehrgang dauert 6 Wochen und zwar werden an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag von 4 bis 7 Uhr von den Herren Winterschuldirektor Heinen, Winterschuldirektor Abel und Landwirtschaftslehrer Werner abwechselnd Vorträge gehalten, an welche sich dann jedesmal eine kurze Aussprache anschließt. Die Herren wissen durch ihre leicht verständlichen, lehrreichen Ausführungen die Stunden recht interessant zu gestalten, sodaß die Hörer stets mit großem Interesse bei der Sache sind. Letztere werden daher sicher auch am Schlusse des Lehrgangs ihr Wissen um ein gut Teil bereichert haben.

✣ **Bad Zwischenahn,** 11. Februar. Am heutigen Nachmittag fand in Oltmanns Hotel die Generalversammlung des Bestattungsvereins für die Gemeinde Zwischenahn statt. Nachdem während der Kriegsjahre gar keine Versammlungen stattgefunden haben, war dies eigentlich die erste, welche nach der Gründung abgehalten werden konnte. Leider schließt nun die letzte Rechnung mit einem Vorschuß des Rechnungsführers in Höhe von 671,65 Mark ab, was auf die vielen Sterbefälle des letzten Jahres zurückzuführen ist. Die Rechnung soll geprüft werden von dem Tischlermeister H. Freitag-Zwischenahn und dem Kaufmann Karl Weitz-Zwischenahn. Danach wurde der Vorstand neu gewählt und traf die Wahl als 1. Vorsitzenden den Schmiedemeister J. H. Schröder zu Zwischenahn und zu dessen Stellvertreter wurde der Zimmermeister J. G. Sandstede-Zwischenahn gewählt. Der bisherige Vorstand und Mitbegründer des Vereins Herr Rentner G. D. Sandstede-Zwischenahn ist infolge seines vorgeschrittenen Alters von seinem Posten befreit worden. Seinem steten Anregen ist es zum großen Teil zu verdanken, daß wir in unserer Gemeinde diese allen Gemeindebürgern zugute kommende Einrichtung haben. Sodann wurden noch die Entgelte für die zu leistenden Trägerdienste und Fuhren festgesetzt, nach reiflichem Ueberlegen wurde eine Einigung dahin geschaffen, daß den Trägern für die Beerdigung 3 Mark gezahlt werden und dem Begleitsmann auf dem Wagen 4 Mark innerhalb der Gemeinde und für jeden Kilometer außerhalb der Gemeinde 80 Pfennig. Für jede Fuhre erhält der Fuhrmann 13 Mark innerhalb der Gemeinde und für jeden Kilometer außerhalb der Gemeinde 2 Mark. Außerdem wurde noch beschlossen, den Leichenwagen nur im Umkreise von 20 Kilometern zu benutzen. Nichtmitglieder des Vereins haben für die Beerdigung von jetzt ab 55 Mark zu zahlen, es liegt also im dringendsten Interesse jedes Gemeindeeingesessenen, Mitglied des Vereins zu werden. —

—(b) **Oldenburg,** 12. Febr. Ueber die Vorgänge beim hiesigen Soldatenrat erhalten wir folgende Auskunft: Nach der Rückkehr des Infanterie-Regiments Nr. 91 machten sich die Gegensätze zwischen den erprobten, altgedienten Unteroffizieren und den Mitgliedern des Soldatenrats immer mehr geltend. Der Soldatenrat war bekanntlich gebildet worden, als das Regiment noch im Felde war. Er war nach und nach auf 27 Mitglieder angewachsen, die alle hohe Vergütungen bezogen. Nun kam die Verfügung im Armee-Verordnungsblatt, nach der der hiesige Soldatenrat nur 6 Mann stark sein durfte. Der Soldatenrat bekämpfte die Verfügung und arbeitete in seiner alten Stärke unverändert weiter bis — das Geld ausging. Die offiziellen Kassen verweigerten die Zahlung und stellten nur die Vergütung für 6 Mann zur Verfügung. Beim Infanterie-Regiment trat mehr und mehr die Forderung auf, daß der Soldatenrat abgesetzt und durch aktive Soldaten ersetzt werden solle. Es wurde eine Kommission eingesetzt und nun kam es am Montag nachmittag auf dem Schlosse zu einer gründlichen Aussprache, die weit bis nach Mitternacht dauerte. Das Ergebnis derselben war, daß der Soldatenrat in seiner Gesamtheit sich auflöste. Gestern übernahmen die Offiziere wieder das Kommando über das Infanterie-Regiment und setzten geregelten Dienst an. Hiermit aber erklärten die Mannschaften sich nicht einverstanden. In den Abendstunden wurde ein Demonstrationszug durch die Stadt nach dem Schlosse und wieder zurück nach der Kaserne veranstaltet. Aus dem Zuge erklangen fortwährend Rufe wie: Nieder mit Ebert-Scheidemann, wir wollen keinen Dienst usw. Um die ganze Bewegung in ein ruhiges Gleis zu lenken, soll jetzt ein neuer Soldatenrat gebildet werden, dem 6 Mitglieder der aktiven Truppe angehören. Heute vormittag fand wieder ein Demonstrationszug statt, der die Einsetzung eines Soldatenrates zum Ziele hatte. —

— Großen Unterschlagungen und Schiebungen beim hiesigen Soldatenrat ist man endlich auf die Spur gekommen und hat den Täter hinter Schloß und Riegel setzen können. Dem Soldatenrat war der Inspektor Schulz als Delegierter beigeordnet. Ihm wurde die Verwaltung der großen Bestände an Militär-Effekten, der Automobile usw. übertragen. Schon seit langer Zeit fiel es dem Demobilmachungskommissar auf, daß die aus dem Felde zurückgebrachten Militärsachen nicht auf ordnungsmäßigem Wege verkauft wurden. Wiederholt wurde dem Soldatenrat Anzeige erstattet und um Abhilfe gebeten. Dieser aber nahm den Delegierten Schulz stets in Schutz. Die Unregelmäßigkeiten aber mehrten sich. Auch das Garnison-Kommando erstattete Anzeige. Doch alles war vergebens, da Schulz es immer wieder verstand, seine Verfehlungen zu vertuschen. Vor drei Tagen endlich kam dem Demobilmachungskommissar vollwertiges Material in die Hände, auf Grund dessen endlich gegen Schulz eingeschritten werden konnte. Schulz wurde am Montag verhaftet und hinter Schloß und Riegel gebracht. Die sofort vorgenommene Untersuchung ergab, daß die Veruntreuungen einen großen Umfang angenommen haben. Den wirklichen Wert und die Höhe der veruntreuten Sachen konnte mit Sicherheit bisher nicht festgestellt werden. Die Untersuchung ist im Gange. Schulz lebte auf großem Fuß und gab immer viel Geld aus.

—(b) **Oldenburg,** 12. Febr. Die seit einigen Tagen unter den Truppen unserer Garnison aufgetretene Bewegung führte zu einer Versammlung, die am heutigen Nachmittage in Doodts Etablissement stattfand. Die sämtlichen Regimenter der Garnison waren vertreten. Vor allem aber waren nur Mannschaften anwesend. Offiziere und Unteroffiziere fehlten fast sämtlich. Nach einer mehrstündigen lebhaften Aussprache wurde aus der Mitte der Versammlung folgender Antrag gestellt: „Die Mannschaften der Garnison Oldenburg verweigern die Anerkennung der Bestimmungen im Armee-Verordnungsblatt vom 19. Januar 1919 hinsichtlich 1. Kommandogewalt der Offiziere, 2. Wiedereinführung der Grußpflicht, 3. Absetzung der Soldatenräte. Der Garnisonälteste wird um Rücksprache ersucht." Es wurde eine Abordnung gewählt, von jedem Regiment ein Mann, die den Auftrag erhielt, morgen sogleich mit dem Garnisonältesten Rücksprache zu nehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Für morgen wurden Gegendemonstrationen angemeldet. —

—* **Wilhelmshaven.** Der Spartakist Karl Jörn, der bei dem Kommunistenputsch hier eine Hauptrolle gespielt hat, soll verhaftet worden sein und sich hier in Untersuchungshaft befinden. Jörn war bekanntlich bis vor kurzem Lehrer in der Nähe von Nienburg. Sein Vater ist nationalliberaler Redakteur. —

Aus dem Leserkreise.

Eingesandt.

—) **Auf das Eingesandt vom 12 ds. Mts möchte ich kurz erwidern, daß der Maßstab für die Verteilung von stickstoff- und phosphorsäurehaltige Düngemittel die Summe der Gesamtlieferungen in der Zeit vom 1 Juli 1913 bis zum 30. Juni 1915 gelten. Es haben somit die Herren Landwirte aus Bristede und auch aus Neuenkruge Anrecht auf obige Düngemittel auf Grund ihrer früheren Bezüge. Wenn der Herr Einsender sich zurückgesetzt fühlt, kann ich ihm nur empfehlen, sich an diejenige Quelle zu wenden, wo er in früheren Jahren seine Düngemittel bezogen hat.**

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Westerstede. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerstede.

Gottesdienstliche Nachrichten.

Kirche zu Westerstede. Sonntag Septuagesimae, Februar 16, morgens 10 Uhr: Gedächtnisgottesdienst zum Gedächtnis der für das Vaterland Gefallenen und Abendmahlsfeier.

Landesbibliothek Oldenburg

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Gemeindevorstand.

Westerstede, den 12. Februar 1919.

Die Auszahlung der Familien Unterstützung findet am Montag den 17. ds. Mts., vormittags, im Gemeindebüro statt.

Lanje.

Holz-Verkauf.

Edewecht. Der Gutsbesitzer **Gustav Deye** hier läßt am

Sonnabend den 15. d. M.,

nachmittags 1 Uhr anfangend,

in seinem Busche „Zwaars" im Göhlen:

300 Eichen a. d. St.

— Bau- und Nutzholz —

öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen.

Kaufliebhaber wollen sich in Gehrels' Gasthause versammeln und ladet ein

Meinrenken, Akt.

Westerstede.

Über Forderungen an den Nachlaß des verstorbenen Landwirts **Joh. Frers zu Linswege** erbitte ich mir spezifizierte Rechnungen bis zum 20. d. M. behufs Aufnahme derselben in das Nachlaß-Verzeichnis.

G. Ahmels, Rechtsanw.

Westerstede. Auf durchaus sichere Hypothek habe ich auf sofort oder später

4000-5000 Mark

zu 4 Prozent Zinsen zu belegen.

J. Athing, Rechnungssteller, Fernspr. Nr. 236

☞ Jede unberechtigte Ueberwegung über unser Land ist verboten. Betroffene werden zur Anzeige gebracht.

Gerd Albers, Hohelieth, Johann Lamken, Halsbek.

Für die Tour von **Godensholt** über **Apen** nach **Augustfehn** suchen wir einen zuverlässigen

Milchfuhrmann

Molkerei Augustfehn

Magen- und Darmleiden Rheumatismus.

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Magenleiden usw. selbst befreite.

Hugo Heinemann, Hornhausen b. Oschersleben

Rückmarke erwünscht.

Ocholt. Gesucht auf Ostern oder Mai ein

Malerlehrling.

E. Steinemann.

Suche für die Nachmittagsstunden

Frau o. Mädchen

zur Aushilfe in der Färberei.

Fritz Siems, Hüllstede.

Ia. Karbid,

sofort lieferbar, Pfund 90 Pfg

W. Röben, Halsbek.

Dr. Oetker's Backpulver

ist wieder vorrätig bei

J. N. Meyer.

Bestellungen auf

Feld- und Garten-Sämereien

nehme entgegen. Nur beste hochkeimfähige Ware.

J. W. Leonhards, Augustfehn.

Südedewecht.

Alle, die sich für die Errichtung einer **provisorischen Schule am Edewechterdamm** interessieren, wollen sich am Sonntag den 16. Februar d. J., um 3 Uhr nachm., in J. Duhdes Gasthaus einfinden.

Mehrere Einwohner.

Hüllstede.

Zu verkaufen ein neuer

Gehrockanzug

halbe Brustweite 52, passend für schlanke Figur.

D. Sander, Schneidermeister.

Schwere goldene

Herren- und Damen-Uhrkette u. Armband,

auch unmoderne Form, zu hohem Preise zu kaufen gesucht.

Angebote m. Preis erb. unt. **J. St. 1336** an die Expedition dieses Blattes.

Futtermöhren,

etwas angefroren, preiswert zu verkaufen.

Gutsverwaltung Coroltnenhof.

Geflügel, Kaninchen

geschlachtet, und verkehrsfreie Lebensmittel kauft laufend höchstzahlend **W. Buschner, Berlin S W 61,** Baruthstr. 3.

Halsbek. Habe noch guten

Brenntorf

zu verkaufen **Gerh. Gertjo.**

Verkaufe den im Herbst 1918 mit 32 Punkten angekörten, schön gezeichneten Zeverländer

Bullen

„Windhorst 16"

bester Abstammung, B.: Pr. St. Windhorst, M.: Almuth 2 52.

Johann Jürgens, Groß-Wesdum b. Bahnhof Hohenkirchen.

Zu verkaufen ein 11jährig.

Fuchswallach

F. Hempen, Kl.-Scharrel, bei Edewecht

Kuh- u. Pferdehaar

kauft **Karl Oeltjen.**

Kalkmergel

nach jeder Station liefert

Ed. Vögl, Osternburg bei Oldenburg.

Rotklee,
Weißklee,
Schwedenklee,
Thimothee,
Weidemischung u.
Mähmischung

ist eingetroffen und bitte bestellten Samen abzuholen.

Ike Baumann.

Amtlich zum Handel m. Saatgut zugelassen!

Stickhausen.

Eine Ladung

Portland-Cement

ist eingetroffen.

Der

Sägerei-Betrieb

wird Anfang März aufgenommen. Stämme können vorher angefahren werden.

E. Duis.

Oeffentlicher

Verkauf.

Zwischenahn. Der Kriegsinvalide **H. G. Janßen** aus **Kaihauserfeld** läßt wegen Aufgabe der Landwirtschaft am

Sonnabend, 15 Februar,

nachm. 1½ Uhr anfgd., in und bei seiner Wohnung:

3 tiefe Kühe, wovon eine hochtragend,
2 tiefe Queenen
1 Bullkalb,
2 trächtige Schafe,
3 Läuferschweine,
15 Hühner,
10 bis 15 Kaninchen,

1 fast neuen Ackerwagen mit Aufzug, 1 fast neuen starken Federwagen, 1 Erdwüppe, 2 Schiebkarren, mehrere lederne Pferdegeschirre, lederne Kreuzleinen, mehrere Koppeln, 2 Paar Reepe, 2 Eggen, 1 leichte und 1 schwere Ackerwalze, 1 Anhäufelpflug, 1 Dreschgöpel, 1 Torfstreumaschine, mehrere Kisten, Schweine- und Futtertröge, 3 Leitern, Spaten, Hacken, Forken, Sensen, Sichel, 1 Viehkessel (200 Ltr. Rauminhalt), 1 Kartoffelquetscher, Eimer, Stappen, Balgen, Tonnen, Töpfe, 1 Tragejoch, 1 fast neue Dezimalwage, 1 Schaf- und 1 Tafelwage, 1 Gartentisch und 6 Stühle, mehrere Bänke, 1 Sofa, 1 Sekretär, 2 eichene und 1 tann. Kleiderschränke, 2 Küchenschränke mit Aufsatz, mehr. Tische, 1 Schreibpult, zwei Kommoden, 3 Bettstellen, 3 Pferdedecken, 2 Faß Teer, 1 Rolle verzinkten Waldraht und viele sonstige hier nicht bezeichnete Gegenstände, auch eine Partie Heu,

meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen, wozu Kaufliebhaber einladet

J. H. Hinrichs.

Tischler sucht **Werkstatt** mit

Wohnhaus

zu kaufen oder miten. Strecke Westerstede-Zwischenahn-Oldenburg bevorzugt. Off. mit Preisangabe und Plan, Postlagernd W. B. 1117 Wilhelmshaven.

Oeffentliche Versammlungen

des

Landbundes

am **Sonnabend den 15. Februar,** nachmittags 6 Uhr, in **Meyers Hotel** in

Zwischenahn,

am **Sonntag den 16. Februar,** nachmittags 4 Uhr, in **Henkens** Saal in

Westerstede.

Tagesordnung: 1) **Was will der Landbund?** Referent für Zwischenahn: Direktor Lehmkuhl-Delmenhorst, für Westerstede: Brüntjen-Ohrwege. — 2) Freie Aussprache. — 3) Gründung eines Gemeindebundes.

Ammerländer Reitklub

General-Versammlung

am 15. Februar, abends 7½ Uhr, in Busch Hotel zu Westerstede.

Tagesordnung: 1) Neuwahl der Vorstandsmitglieder; 2) Rechnungsablage; 3) Aufnahme neuer Mitglieder; 4) Verschiedenes

Der Vorstand.

Dentist Schmidt

Oldenburg,

Gottorpstr. 1 (gegenüber der Landesbank). Tel. 1236.

Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde.

Sprechstunden: 9—1 vormittags, 2—6 nachmittags, Sonntags von 9—12 Uhr.

Zu kaufen gesucht bei sofortiger Abnahme tragende

Schafe.

Anmeldungen nehmen wir bis Sonntag entgegen.

Gebr. Polak

Da die Formulare der

Anbauverträge

von der Landeskartoffelstelle jetzt eingegangen sind, bitte ich die Herren Landwirte, dieselben baldmöglichst bei mir unterschreiben zu wollen.

W. Schmale.

Trockenes Kiefernbrennholz

und Klötze für Industrie und Privat.

Konkurrenzlos billig

liefert waggonweise

Eggers, Bremen, Keplerstr. 7.

Fernspr. Hansa 8351.

Konsum-Verein Westerstede.

Am 11. d. Mts. ist die Gründung einer Filiale des Konsum-Vereins beschlossen worden.

Der Konsumverein ist eine wirtschaftliche Vereinigung, die jeder Parteipolitik fern steht.

Eintrittsbeitrag pro Familie 40 Mark, ratenweise Einzahlung gestattet.

Anmeldungen für außerhalb Wohnende schriftlich oder mündlich bei dem vorläufigen Schriftführer im „Ammerländ. Hof". In Westerstede ist eine Liste im Umlauf.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

der vorläufige Vorstand.

Halstrup.

Sonntag den 16 Februar:

Großer

Fastnachts-Ball.

— Militärmusik. —

Anfang 5 Uhr. — Eintritt 1.50 Mk., wofür freier Tanz.

Es ladet freundlichst ein

H. Thien.

Zahnleidende

Zähne werden unter Garant. **naturgetreu** eingesetzt. **Plomben** in Gold, Porzellan, Amalgan etc. — — Fast **schmerzloses Zahnziehen** mittels lokaler Anästhesie, Nerventöten, Zahnreinigen etc. — Sprechstunden **täglich 8—1 u. 2—7 Uhr,** auch **Sonntags.**

A. Loewenstein, Zahnatelier, Oldenburg i. Gr.

Bahnhofstr. 15, I. Eingang Rosenstr.

☞ in allernächster Nähe d. Bahnhofs ☜

Telephon Nr. 1456.

---

400 Zentner

Thomasmehl,

200 Zentner schwefelsauren

Ammoniak

in kl. Posten sofort abzugeben. Schriftl. Angebote unt. Nr. 1319 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Apen.

Geflügel u. Kaninchen

kaufe zu höchsten Tagespreisen. Abnahme Dienstags und Mittwochs.

J. H. Lamken.

Landwirtsch. Klub Mansie.

Am Sonnabend den 15. d. M., abends 6½ Uhr,

Versammlung

in Hammje's Gasthof.

Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge; 2. Bericht über die Generalversammlung der landw. Zentralgenossenschaft; 3. Referat über Zweck und Ziele des Oldenburger Landbund; 4. Besprechung über die bevorstehenden Landeswahlen; 5. Verschiedenes; 6. Besprechung über Verpachtung der Manster Jagd.

Der Vorstand.

Boosel - Klub Jeddeloh 2.

Am Sonntag den 16 Febr., nachm. 3 Uhr

Versammlung

Nachher Boosseln.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

der Vorstand.

Herm. Bley

Klootschiesser - Verein Rostrup.

— | —

Versammlung

am Sonntag den 16. ds. Mts., abends 6 Uhr, im Vereinslokale.

Vorher Probewerfen.

Der Vorstand.

Konferenz Westerstede.

Nächste Zusammenkunft am Sonnabend den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, bei Cording.

C. Stindt.

Landesbibliothek Oldenburg

Kostümfest

1. März

Henkens Gasthof

Kaufe jed. Quantum

Erbsen
Bohnen
Pflanzschalotten
Ackerspörgel
} zu Saatzwecken

und zahle hohe Preise!

Ike Baumann.

Amtlich zum Handel mit Saatgut zugelassen.

Landw. Verein Ammerland.

Versammlung

am **Sonnabend den 15. Februar,** nachmittags 4 Uhr, in Meyers Gasthof in

Zwischenahn.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes.
2. Vortrag über Schafzucht und Gründung eines Schafzucht-Vereines. Redner Herr Direktor Heinen.
3. Was will der Landbund? Redner Herr Prof. Dr. v. Wenkstern-Oldenburg.
4. Eingänge u. Verschiedenes.

Um rege Beteiligung, auch von seiten der Damen, bittet

der Vorstand.

Edewecht.

Zwecks Gründung eines

Kriegsbeschädigten-Vereins

werden sämtl. Kriegsbeschädigten der Gemeinde Edewecht gebeten, in der am 19. Februar, 7 Uhr abends, in Mügges Gasthof anberaumten

Versammlung

zu erscheinen.

Um rege Beteiligung bitten

mehrere Kriegsbeschädigte.

Oster- u. Westerscheps.

Zwecks Gründung einer

Damen-Turnriege

werden junge Mädchen, die hierfür Interesse haben, eingeladen, zu der am Sonntag den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr, stattfindenden ersten Besprechung bei Karl Oltmer-Osterscheps sich einzufinden.

Edewecht.

Eingetroffen Rauch- u. Kau-

Tabak.

H. Wicker, Barbier.

Kostümfest

1. März

Henkens Gasthof

Apen.

Wieder eingetroffen:

Anzug- u. Hosenstoffe,

Lodenstoffe,

auch in extra schwerer Ware, für Joppen und Mäntel passend,

Kostüm-Stoffe,

schwarze u. farb. Kleiderstoffe,

eine Partie blau Cheviot,

nur Meter **11 50** Mk.

Kostümröcke, — Normalhemde, Hemdentuche, Halbleinen usw.

Preise äußerst billig.

J. H. Tebje.

Sozialdemok. Wahlverein Westerstede.

Volksversammlungen

am **Sonnabend den 15. d. Mts.,** abends 8 Uhr, in **Ocholt** bei Hobbie und

am **Sonntag den 16. d. Mts.,** nachmittags 3 Uhr, bei Thien in **Halstrup.**

Thema: Sozialdemokratie u. Landesversammlung.

Redner: Herr Reuther-Rüstringen.

Alle Wählerinnen u. Wähler sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Volksbund zum Schutze der Kriegs- u. Zivilgefangenen Ortsgruppe für die Gemeinde Zwischenahn.

Große öffentliche

Volksversammlung

am **Mittwoch den 19. Februar,** abends 6 Uhr, in Meyers großem Saal.

Vortrag des Herrn Lehrer Behrens-Kayhausen: „Meine Erlebnisse in französischer Gefangenschaft und der Weg zur Freiheit."

Kommt alle! Gedenket in Liebe der Volksgenossen, die am meisten leiden!

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

der Vorstand.

Am Sonnabend den 22. Februar, abends 8 Uhr anfangend, in **Henkens** Saal:

Künstler-Konzert.

Frau Xenia Schmale-Sumakoff — Klavier,
W. Schmale — Violine.
Herr Kufferath — Violon-Cello.

Der Vorverkauf der Eintrittskarten ist in der Buchhandlung Broeker.

Numerierter Platz 2.50 Mk., nichtnumeriert. 2 Mk.

Nach dem Konzert

Tanzkränzchen.

Um gütigen Zuspruch bitten

W. Schmale und Frau.

Kostümfest

1. März

Henkens Gasthof.

Junges Mädchen sucht

Wohnung

mit oder ohne Beköstigung im Orte Westerstede.

Angebote unter **O. G. 1335** an den Verlag d. Bl.

Klootschießer-Verein Langebrügge.

Am Sonnabend den 15. d. M., abends 8 Uhr,

Versammlung

in Keilers Gasthof.

Um allseitiges Erscheinen wegen wichtiger Besprechungen bittet

der Vorstand.

Neue Mitglieder werden noch aufgenommen

Kayhausen.

Am Sonntag den 16. ds.

Ball.

Entree a Person 1 Mark, wofür freier Tanz

Es ladet freundlichst ein

A. Caspers.

Klein-Scharrel.

Sonntag den 16. Februar

Ball,

wozu freundlichst einladet

R. Fried.

Allen denjenigen, welche unserer lieben Mutter Gesche Margarethe Bolts die letzte Ehre erwiesen haben, herzlichen Dank.

Die Hinterbliebenen.

Herzlichen Dank

für freundlichst erzeigte Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter sagt allen

namens der Angehörigen

Diedrich Janßen.

Statt Karten!

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen:

Anna Oellien
Fritz Meyer

Westerscheps, Dänikhorst, Februar 1919.

Kostümfest

1. März

Henkens Gasthof

Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Westerstede.

Mitglieder-Versammlung

am **Sonnabend den 15. Februar,** nachmittags 1/2 6 Uhr, in **Buhrs** Gasthause zu Westerstede.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Kandidatenliste,
2. Erweiterung des Vorstandes,
3. Besprechung über die Agitation,
4. „ „ „ Gemeinderatswahlen und Aufstellung der Kandidatenliste,
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wenn die Ortsgruppe Westerstede ernstlich mitwirken will an dem freiheitlichen Ausbau unseres gesamten Staatswesens, dann ist es dringendste Pflicht aller wirklich demokratisch gesinnten Mitglieder, an unseren Versammlungen regelmäßig teilzunehmen.

Friedrich Luley,
1. Vorsitzender der Ortsgruppe.

Deutsche demokratisch. Partei, Ortsgr. Zwischenahn.

Oeffentliche Wähler-Versammlung

am Sonnabend den 15. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, in **Meyers Hotel** in

Zwischenahn.

Es sprechen die Herren: Gemeindevorst. **Lanje-Westerstede** und Rechtsanwalt **Ehlermann-Oldenburg** über die Zukunft des Oldenburger Landes und über das Landtagswahlprogramm.

Sämtliche Wähler und Wählerinnen sind freundl. eingeladen.

Der Vorstand.

Krieger-Verein Hollwege.

Begrüßungs-Feier

für die heimgekehrten Krieger aus der Schlacht Hollwege

am Sonnabend den 15. Februar im Vereinslokale.

Konzert

mit nachfolgendem

Tanzkränzchen.

(Militärmusik).

Während des Konzerts gemeinschaftliches Freieſſen.

Anfang 7 Uhr. Eintritt frei.

Zu dieser Feier werden sämtliche Kriegsteilnehmer und Kameraden mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen

Einführungen gestattet. **Der Vorstand.**

Rüstringen, Holsteinstr. 7.

Am 11. Februar starb im Marinelazarett in Wilhelmshaven, an den Folgen der Strapazen des Krieges, nach schmerzvollem Leiden, im Alter von 22 Jahren und 4 Monaten unser lieber Sohn und Bruder,

der Gefreite

Karl Reil

Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Friedrich August-Kreuzes.

Dies bringen tiefbetrübten Herzens zur Anzeige

Johann Reil u. Frau, Alwine geb. Schulze, und Kinder.

Landesbibliothek Oldenburg

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen
Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile
Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Inserate werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 39 **Westerstede, Sonnabend den 15 Februar 1919.** **59 Jahrgang**

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt

Die Daumschrauben.

Am 12. Februar sollten, wenn es nach den Wünschen der deutschen Unterhändler gegangen wäre, in Trier die neuen Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes begonnen haben. Aber es geht bekanntlich nicht nach ihnen, so wenig, daß Herr Foch sie nicht einmal einer Antwort für würdig befand. Unsere Vertretung mit Staatssekretär Erzberger an der Spitze wollte nicht wieder in die Lage gebracht sein, sich innerhalb einer halben Stunde über lebenswichtige Fragen entscheiden zu müssen, Sachverständige nach Trier zu bemühen, die nach ihrer Ankunft kaum noch die Möglichkeit hatten, die Bedingungen, die uns gestellt waren, zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn sich über sie mit der gebotenen Gründlichkeit zu unterrichten und zu äußern. Aber das alles sind natürlich Erwägungen, die für unsere Feinde gar kein Gewicht haben. Ihnen kommt es lediglich darauf an, daß sie sich darüber klar und einig geworden sind, was sie von neuem gegen Deutschlands Daseinskraft, gegen seine Ehre und Würde unternehmen sollen; wir haben dann einfach zu unterschreiben — wenn wir wollen; wenn wir nicht wollen, nun dann werden sie sich auch noch gegen uns zu helfen wissen.

Es ist immer dasselbe System, daß sie anwenden. Man reicht uns den kleinen Finger — oder nein, man reicht ihn uns nicht, man zeigt ihn uns nur, damit wir begierig werden, danach zu greifen und alle denkbaren Zugeständnisse machen, um ihn nur ja fassen zu können. An diesen Zugeständnissen werden wir zunächst festgehalten, ohne indessen dafür die geringste Gegenleistung zu erhalten. Dann, nach einigen Wochen, wird der kleine Finger abermals gezeigt, diesmal schon in etwas sichtbarer Nähe, aber — unter gebärden, erschwerten, verschärften Bedingungen, wobei gleichzeitig eine immer massiver werdende Sprache gegen uns angeschlagen wird. Sollen wir nun annehmen oder ablehnen? Sollen wir die ganzen unsäglich umständlichen und mühseligen Verhandlungen zum Teufel gehen lassen oder sollen wir, nachdem wir A gesagt haben, das ganze bittere Alphabeth hinunterschlucken? Zumal diesmal, wo es sich um die Lieferung von Lebensmitteln handelt, an denen wir doch wahrhaftig keinen Überfluß haben? Man erinnere sich nur: gleich in den ersten Tagen des Waffenstillstandes, also vor drei Monaten schon, machte Wilson uns die Zusage, daß er sich die Erleichterung unserer Nahrungsnot angelegen sein lassen werde. Er hat sie nicht gehalten, so wenig wie er uns die schmählichsten Vergewaltigungen, unseren Landsleuten in den besetzten Gebieten die grausamsten Unterdrückungen erspart hat. Jetzt, ein volles Vierteljahr nach Niederlegung der Waffen, haben die Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln begonnen, aber sie werden unter Formen geführt, die selbst den abgebrühtesten Unterhändlern die Scham- und die Zornesröte ins Gesicht treiben. Ein Schrei der Entrüstung, ja der Verzweiflung ging Mitte Januar durch das deutsche Volk, als bekanntgegeben wurde, daß und unter welchen Bedingungen wir unsere schöne Handelsflotte — immer noch ein Frachtraum von mehr als zwei Millionen Tonnen — der Entente ausgeliefert hätten. Die Entente aber war mit dem in Trier Erreichten noch lange nicht zufrieden. Kaum hatte sie unsere grundsätzliche Zustimmung zur Überlassung der Flotte, als in Spaa, wo die Einzelheiten des Abkommens ausgebrütet wurden, die Daumschrauben auf das schärfste angezogen wurden. Jetzt heißt es plötzlich, auch alle im Bau befindlichen Schiffe müßten hergegeben werden, wie die Engländer es ja schon bei den U-Booten nachträglich gefordert und durchgesetzt haben; wir dürfen also noch einmal für unsere Feinde Schiffe bauen. Jetzt heißt es zum zweiten, von Ausnahmen, wie man sie in Trier besprochen hatte — daß wir also bestimmte Arten von Schiffen, die kleineren, die Segler usw. behalten dürften — könne gar keine Rede sein, für zwei, drei Wochen vielleicht, vorübergehend und auf Widerruf höchstens, sonst aber müsse alles abgeliefert werden, was wir besitzen. Jetzt heißt es zum dritten, daß die deutschen Besatzungen sofort nach ihrer Ankunft im ersten Ententehafen von Bord gehen müßten, während in Trier davon die Rede war, daß sie nur im Falle von Unzuträglichkeiten, also wenn sie z. B. durch bolschewistische Aufsässigkeit die Disziplin gefährdeten, in die Heimat zurückgeschickt werden sollten. Und über die näheren Bedingungen des ganzen Abkommens, die in Spaa vereinbart werden sollten, wollen die Herren sich jetzt überhaupt in kein Gespräch mit uns einlassen, nicht einmal über unsere Beteiligung an den Frachteinnahmen aus den Fahrten der deutschen Schiffe; das alles so geregelt werden, ohne daß wir vorher auch nur darüber gehört worden sind. Und trösteten wir uns zunächst mit dem Zugeständnis, daß unsere Interessen bei der entscheidenden Kommission in London durch einen deutschen Vertreter gewahrt werden würden, so heißt es jetzt, der Mann werde in London „natürlich" gar nichts zu sagen, sondern nur informatorische Aufgaben zu erfüllen haben. So sieht das Abkommen aus, das wir jetzt unterzeichnen sollen — um einiger Lebensmittel willen, die wir danach, vielleicht, unter Umständen, wenn nichts dazwischen kommt, erhalten sollen.

Da hat auch Herrn Erzberger schließlich der Mut verlassen und er hat, zunächst wenigstens, nicht unterzeichnet. Die neue Reichsregierung und mit ihr die Nationalversammlung soll entscheiden, ob wir unter diesen Bedingungen unsere ganze Handelsflotte preisgeben können. „Für die Dauer des Waffenstillstandes", heißt es freilich in dem Vertrage. Aber man wird sich an diesen Vertrag ebensowenig halten wie an irgendeinen anderen — wir werden unsere Flotte niemals wiedersehen. Was das heißen will, darüber sollte man sich in Deutschland nur ja völlige Klarheit verschaffen, ehe die schicksalsschwere Entscheidung getroffen wird. Wie sagte doch Reichspräsident Ebert noch vor acht Tagen? „Lieber Entbehrung als Entehrung!"

Kritik an der Waffenstillstandskommission.

Verhängnisvolle Einwirkungen.

Weimar, 12. Februar.

In der Nationalversammlung ist folgende Interpellation Dr. Heintze und Genossen eingebracht worden:

Nach unwidersprochenen Meldungen hat die deutsche Waffenstillstandskommission mehrere für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidende Fragen ohne rechtzeitige Befragung und ohne ausreichende Mitwirkung der zur Verfügung stehenden Sachverständigen Abmachungen von größerer Tragweite und verhängnisvoller Einwirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben getroffen, so insbesondere bei Auslieferung der deutschen Handelsflotte und bei den Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfrage.

Ist die Reichsleitung bereit: Der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung unverzüglich eine Denkschrift über die bisher seitens der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen und getroffenen Abmachungen vorzulegen und inzwischen Auskunft zu erteilen, ob sie die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen übernehme und ob Vorkehrungen getroffen sind, daß in Zukunft weitere Zugeständnisse in wesentlich wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht ohne Hinzuziehung von Sachverständigen gemacht werden. Ist die Reichsleitung ferner bereit, die Waffenstillstandskommission dem Auswärtigen Amt zu unterstellen?

Ultimatum an Deutschland.

Die Frage der Verantwortlichkeit.

Bern, 12. Februar.

Nach Pariser Informationen hat der Oberste Kriegsrat der Alliierten eine Sonderkommission mit der Festsetzung der neuen Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland betraut. Ihre Beschlüsse erstrecken sich sowohl auf **wirtschaftliche, militärische und maritime Fragen**, wie auf die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg. Der deutschen Regierung soll eine kurze Frist dafür gewährt werden, ob sie die Bedingungen anzunehmen gewillt ist. Bevor die Alliierten zur **Drohung eines neuen Ultimatums an Deutschland** schreiten, beabsichtigen sie, Informationen darüber einzuziehen, inwieweit die Weigerung Deutschlands auf tatsächlichem Nichtkönnen oder auf hohem Willen beruht. Die Vertreter der französischen Regierung im Obersten Kriegsrat haben die Forderung ausgesprochen, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen die Friedensbedingungen für Deutschland im Keime enthalten sollen.

Scheidemann über Auswärtige Politik.

Das Ende der Politik Bismarcks.

Der Staatssekretär Scheidemann hat Veranlassung genommen, sich einem Vertreter der Presse gegenüber zu der neuen Stellung Deutschlands in der Welt zu äußern. Er behauptet, die Bismarcksche Politik habe überall versagt und man müsse sich resolut über die Bismarcksche Gedankenwelt hinwegsetzen. Auf die augenblickliche Lage Deutschlands übergehend, sprach sich Scheidemann weiter aus: Die außenpolitische Lage Deutschlands ist so schwierig wie seine innere. Beides steht miteinander in gewisser Verbindung. Je drückender die Deutschland zugemuteten Bedingungen werden, desto schneller müßte der Bolschewismus um sich greifen. „Lieber das Weltchaos, als den langsamen qualvollen Opfertod."

Es gibt auch eine Grenze.

Über die voraussichtlich unmöglichen Friedensbedingungen sagt Scheidemann: „Die Entente mag denjenigen Frieden schließen, der ihren Interessen entspricht, aber auch für uns gibt es eine Grenze, über die hinauszugehen uns unmöglich ist. Es könnte also ein Augenblick eintreten, wo wir den Verhandlungstisch verlassen müßten, nicht um die Waffen wieder in die Hand zu nehmen — das ist unmöglich — aber um die Verantwortung für die furchtbaren Folgen eines solchen Friedens allein in die Hände derjenigen zu legen, die ihn vor der Geschichte glauben verantworten zu können. Ich wundere mich seit langem, daß unsere Nachbarvölker für die große Gefahr, die heute der Weltkultur droht, so wenig Verständnis zeigten. Ich wundere mich insbesondere, daß sie nicht klar durchschauen, von welch entscheidender Bedeutung die nächste Zukunft Deutschlands für die Aufrechterhaltung europäischer Kultur ist."

Der Raub unserer Kolonien.

Wie ist es aber möglich, sagte Scheidemann weiter, daß der geplante Raub unserer Kolonien in keinem Lande ernsthaften Protesten begegnet? Wir haben die Waffen niedergelegt, im Vertrauen nicht nur auf Wilson, sondern auch auf die Gerechtigkeit jener öffentlichen Meinung der Welt, deren Ansehen das alte deutsche Regime in unserem Volke mit allen Mitteln zu untergraben versucht hat. Wir alle, auch diejenigen Volksteile, die unter dem Druck des ehemaligen Lügendorffschen Nachrichten-Apparates an Amerikas Uneigennützigkeit zweifelten, sehen heute, daß Amerika den ernsten Willen hat, für die große Idee der Völkerversöhnung praktisch zu kämpfen. Wir bauen — schloß Scheidemann — „nicht auf das Mitleid unserer westlichen Nachbaren, sondern höchstens auf ihre Vernunft. Wir glauben an den Sinn der Geschichte auch in diesen trüben Tagen. Deutschland wird nicht untergehen. Dafür bürgt der allen augenblicklichen Krankheitserscheinungen zum Trotz unverwüstliche Arbeitswille unseres Volkes. Diesem Arbeitswillen werden früher oder später auch unsere erbittertsten Feinde Raum geben müssen."

Presseempfang bei Ebert.

Weimar. Präsident Ebert empfing Mittwoch nachmittag die Vertreter der deutschen und deutsch-österreichischen Presse und hielt eine Ansprache an sie. Dabei entwickelte er ihnen das politische Programm der Regierung. — Wie es heißt, haben sich die verschiedenen Fraktionen der Mehrheit dahin geeinigt, sich hinter das neue Regierungsprogramm zu stellen.

Heimkehr der Internierten aus England.

London. Die englische Regierung hat neuerdings die Genehmigung zur allgemeinen Heimbeförderung der deutschen und anderen feindlichen Zivilinternierten, die abzureisen wünschen, erteilt. Die Heimschaffung soll so schnell erfolgen, wie der verfügbare Schiffsraum es gestattet.

Neue Forderungen der Entente an Deutschland.

Rotterdam. Aus Paris wird behauptet, es lägen folgende neue Forderungen der Alliierten an Deutschland vor: Besetzung Essens und sämtlicher Ost- und Nordseehäfen, weiterhin nicht nur militärische, sondern auch Maßnahmen handelspolitischer und finanzieller Art. Die Entente wolle sich diesmal nicht mit der Unterschrift der deutschen Waffenstillstandskommission begnügen, sondern die Unterschrift der neuen deutschen Regierung und die Zustimmung der Nationalversammlung fordern. Es werde der Nationalversammlung dabei genügend Zeit zur Übernahme der Verantwortung für die Bedingungen gegeben.

Deutschfreundliche Stellungnahme Lansings?

Basel. Der amerikanische Staatssekretär Lansing erklärte, wie hier verlautet, Amerika könne es nicht dulden, daß Deutschland in Armut untergehe. Die amerikanische Regierung sei bereit, die sozialistische Revolution in Deutschland nach Kräften zu unterstützen.

Der 25 Milliarden-Kredit.

Weimar. Der Staatsausschuß beschäftigte sich mit der 25 Milliarden-Kreditvorlage und stimmte ihr zu.

Heeresbericht Oberost.

Berlin. Armee-Ober-Kommando Nord: Bei Kendany und Nieszdany erfolgreiche Gefechte. Bei Jesno, südlich Kowno, erfolgreiches Gefecht einer litauischen Abteilung mit Bolschewisten. Armee-Ober-Kommando Süd: 5. Armee-Korps: Ein feindlicher Angriff auf Laczyn wurde abgewiesen. 6. Armee-Korps: Nach Gefangenenaussagen hat der Gegner seine Gegenangriffe zur Wiedereinnahme des Ortes Zdunj mit mindestens drei Bataillonen geführt. Trotzdem blieb der Ort in unserer Hand.

Ein Verfassungsentwurf der Unabhängigen.

Weimar. Für die Beratungen der endgültigen Reichsverfassung wird von den Unabhängigen der Entwurf einer Reichsverfassung eingebracht werden, der den Ausbau des Rätesystems auf Grundlage der zukünftigen Reichsverfassung vorsieht.

Verbot von Tanzlustbarkeiten.

Stuttgart. Eine Versammlung der württembergischen Bürgerparteien beschloß, die Regierung in Rücksicht auf die Opfer des Krieges, die Verstümmelten, die Kriegsgefangenen und die Arbeitslosen zu bitten, alle öffentlichen Tanzlustbarkeiten zu untersagen.

Belgische Gebietsansprüche.

Paris. Die belgischen Delegierten fordern für Belgien das Großherzogtum Luxemburg, die Scheldemündung und die Gegend um Malmedy in der deutschen Eifel. Die Forderung des holländischen Gebietes wird damit begründet, daß Holland alle internationalen Gesetze im Kriege verletzt habe, als es die deutschen Truppen durch Limburg ziehen ließ.

Revolutionsbewegung in Rumänien.

Budapest. Aus Bukarest liegen bestimmte Nachrichten vor, daß sich die bolschewistische revolutionäre Bewegung immer mehr ausbreitet, sich offenbar gegen die Dynastie wendet und die Errichtung einer Republik anstrebt.

+ Einführung des Arbeitszwanges. Der Nationalversammlung wird in Kürze ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der sich mit der Arbeiterfrage befaßt und in dem u. a. auch die Einführung des Arbeitszwanges vorgesehen ist.

Landesbibliothek Oldenburg